

Inhaltsübersicht

Einleitung	1
<i>A. Rechtsordnungsverschränkung als thematischer Ausgangspunkt der Untersuchung</i>	1
<i>B. Zielsetzung und Gang der Darstellung</i>	4
<i>C. Referenzgebiet Datenschutz-Grundverordnung</i>	7
 Kapitel 1: Problemstellung, methodische Grundlagen und Thesen ..	9
<i>A. Problemstellung und Untersuchungsansatz</i>	9
<i>B. Rechtsordnungsverschränkung als das Aufeinandertreffen unterschiedlicher Systeme</i>	23
<i>C. Das Verordnungsrecht als Untersuchungsgegenstand</i>	55
 Kapitel 2: Elemente einer Methodik zur rechtsordnungsübergreifenden Systembildung	79
<i>A. Auflösung vertikaler Normenkollisionen</i>	79
<i>B. Funktionale Verknüpfung als Ausgangspunkt einer rechtsordnungsübergreifenden Rechtsanwendung</i>	182
<i>C. Ergebnis: Erkenntnisse zur Rechtsanwendung i. R. d. Rechtsordnungsverschränkung zwischen mitgliedsstaatlichem Sachrecht und europäischem Verordnungsrecht</i>	206
 Kapitel 3: Anwendungsbeispiele aus der DSGVO	209
<i>A. Die DSGVO als Referenzgebiet</i>	209
<i>B. Anwendungsbeispiele</i>	224
<i>C. Ergebnis: Erkenntnisse aus der Anwendung</i>	319
 Thesen	323

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Inhaltsübersicht	VII
Einleitung	1
<i>A. Rechtsordnungsverschränkung als thematischer Ausgangspunkt der Untersuchung</i>	1
<i>B. Zielsetzung und Gang der Darstellung</i>	4
<i>C. Referenzgebiet Datenschutz-Grundverordnung</i>	7
Kapitel 1: Problemstellung, methodische Grundlagen und Thesen ..	9
<i>A. Problemstellung und Untersuchungsansatz</i>	9
I. Rechtsordnungsverschränkung aus mitgliedsstaatlicher und europäischer Perspektive	9
1. Die europäische Perspektive: Unerreichbare Harmonisierungsziele	10
a) Der europäische Rechtsanwender als realitätsferne Wunschvorstellung	10
b) Sicherung einer harmonisierten Rechtsanwendung auf europäischer Ebene unzureichend	11
2. Die mitgliedsstaatliche Perspektive	13
a) Anwendungs- und Rechtsunsicherheiten durch europäisches Sekundärrecht	13
b) Rezeption in der Literatur als „Systeminkohärenzen“ und „Systembrüche“	14
3. Folge: Gegensätzliche Anforderungen an den Rechtsanwender	18
II. Methodischer Ansatz der Arbeit und Ausblick auf die wesentlichen Forschungsfragen	18
1. Notwendigkeit und Nutzen eines methodischen Ansatzes	18
2. Skizzierung der wesentlichen Forschungsfragen	20
<i>B. Rechtsordnungsverschränkung als das Aufeinandertreffen unterschiedlicher Systeme</i>	23
I. Der Begriff des Systems im Recht und Eignung für die Untersuchung	24

1. „System“ – Vielschichtigkeit des Begriffs im rechtswissenschaftlichen Kontext	24
a) Rechtstheoretischer Systembegriff	24
b) Dogmatischer Systembegriff	25
c) Rechtssoziologischer Systembegriff	26
2. Dogmatisches Systemverständnis für anwendungsbezogene Betrachtung	27
3. Elemente eines dogmatischen Systemdenkens: Prinzipien und innere Folgerichtigkeit des Rechtsstoffs	28
a) Folgerichtigkeit und innere Ordnung als Ziel und Grundannahme	28
b) Prinzipiendenken	30
aa) Begriff des Rechtsprinzips	30
(1) Prinzipien als unmittelbar anwendbare Optimierungsgebote (Prinzipiennormen)	31
(2) Prinzipien als allgemeine Rechtsgedanken, die den Normen zugrunde liegen	32
(3) Zwischenergebnis	34
bb) Das Prinzip als vielschichtiger Begriff	35
c) Fazit: Systembildung durch und im Dienste der Rechtsanwendung	36
4. Inneres und äußeres System – das äußere System als Vorgriff auf die innere Ordnung	38
5. Der Systembegriff vor dem Hintergrund befürchteter „Systembrüche“ und „Systeminkohärenzen“ im mitgliedsstaatlichen Recht	40
6. Zwischenergebnis: Systembegriff und Systemdenken	41
II. Das europäische (Verordnungs-)Recht als System im dogmatischen Sinn	42
1. Innere Folgerichtigkeit im europäischen Recht	43
2. Besondere Notwendigkeit von Systembildung im Europarecht	45
3. Koordination der aufeinandertreffenden Systeme	46
III. Rechtsordnungsübergreifende Systembildung	47
1. Einordnung der Begriffe Rechtsgebiet/Rechtsordnung/System	48
2. Postulat innerer Folgerichtigkeit im rechtsordnungsübergreifenden System	49
3. Rechtsordnungsübergreifende Systematisierung als anwendungsindizierte Notwendigkeit	50
4. Folge rechtsordnungsübergreifender Systembildung: Pluralität der Systembildung und Konvergenz der Methoden	52
5. Zwischenergebnis	54
C. Das <i>Verordnungsrecht als Untersuchungsgegenstand</i>	55
I. Verschränkungsproblematik bei der Verordnung	55
II. Unterschiede zur vollharmonisierenden Richtlinie aus Sicht der EU ...	56

1. Umsetzungsbefehl vs. Anwendungsbefehl	56
2. Vollharmonisierung vs. Rechtsvereinheitlichung	58
a) Grundsatz: Richtlinie vor Verordnung	58
b) Kaum Unterschiede in der Theorie	58
c) Unterschiede in der Praxis	59
d) Zwischenergebnis: Höhere Erwartungen an die Verordnung von europäischer Seite	61
3. Das äußere System als Treiber der Rechtsvereinheitlichung?	62
III. Sonderstellung der Verordnung aus mitgliedsstaatlicher Sicht	63
1. Herausforderung für die mitgliedsstaatliche Rechtsanwendung	64
2. Das äußere System der Verordnung in der mitgliedsstaatlichen Rechtsanwendung	66
a) Systematische Auslegung – Interpretation im Sinne der äußeren und inneren Systemzusammenhänge	66
b) Die Auslegung aus dem äußeren System – Wortlaut und systematische Anordnung der Normen als Bestandteile des Interpretationsvorgangs	67
aa) Der Wortlaut als Ausgangspunkt und Grenze der Auslegung	68
bb) Die äußere Systematik als Vorgriff auf die inneren Wertungszusammenhänge	70
(1) Der Schluss von der Darstellung auf das Dargestellte	70
(2) Die Überzeugungskraft des äußeren Systems europäischer Verordnungen	72
(3) Bedeutungszuwachs der Auslegung aus dem äußeren System durch Mangel an Alternativen im europäischen Kontext	74
cc) Fallgruppen der Systembildung aus dem äußeren System heraus	75
c) Zwischenergebnis	76
3. These: Besondere Bedeutung des äußeren Systems für die Systembildung	77
 Kapitel 2: Elemente einer Methodik zur rechtsordnungs- übergreifenden Systembildung	79
A. Auflösung vertikaler Normenkollisionen	79
I. Bedeutung für die Untersuchung	80
1. Widerspruchsauflösung als Mittel zur Herstellung systeminterner Widerspruchsfreiheit	80
2. Methodischer Ausgangspunkt und Analysebedarf	81
II. Normenkonkurrenzen und Normenkonflikte – Allgemeine Begrifflichkeiten	81

1. Anwendung auf den gleichen Sachverhalt: Normenkonkurrenz/ Anwendungsbereichsüberschneidung	82
2. Widerspruch	82
a) Das Regelungsziel als Maßstab	82
b) Regelungszielermittlung aus dem Normzweck heraus = Normauslegung	84
3. Zwischenergebnis: Normenkonfliktbegriff	86
4. Auflösung von Normenkonflikten: Kollisionsnormen und Rechtsfortbildung	86
III. Europäische Normenkollisionen und Kollisionsnormen	87
1. Besonderheiten rechtsordnungsübergreifender Normenkonflikte (Kollisionen) gegenüber innerstaatlichen Normenkonflikten	87
2. Kollisionsnormen für die Auflösung rechtsordnungsübergreifender Normenkonflikte	89
a) Bedeutung der Kollisionsauflösung für die Systembildung	89
b) Dogmatische Grundlage der Kollisionsnormen im europäischen Recht	89
aa) Entwicklung der Kollisionsnormen aus dem Prinzip des Anwendungsvorrangs	90
bb) Dogmatische Anknüpfung im Primärrecht: Prinzip der einheitlichen Wirksamkeit, Art. 4 Abs. 3 EUV . . .	92
(1) Verortung im System des Primärrechts	92
(2) Effektivitätsgrundsatz	95
(3) Äquivalenzgrundsatz	95
(4) Evolution der Begrifflichkeiten: Vom Gebot zum Verbot . . .	96
(5) Konkretisierungen	97
(a) Konkrete Handlungspflichten der Mitgliedsstaaten . . .	97
(b) Auslegungsdirektiven	98
(c) Äquivalenz und Effektivität des EU-Rechts als Beeinträchtigungsgrenzen	98
cc) Zwischenergebnis	99
c) Anwendung der Kollisionsnormen durch die Mitgliedsstaaten . . .	99
aa) Gegensätzliche Annahmen zu einer rechtsordnungsübergreifenden Normenhierarchie	100
bb) Abkehr von der hierarchischen Betrachtung hin zum Kooperationsverhältnis	102
cc) Beidseitige Akzeptanz derselben Kollisionsnormen	104
dd) Vorbehalte des BVerfG	105
ee) Fazit	106
3. Europäischer Normenwiderspruchsbegriff: Normenkollisionen	107
a) Kollisionsfallgruppen laut EuGH	107
aa) Der Verstoß gegen europäisches Recht	107
bb) Mitgliedsstaatliche Regelung in einem abschließend europäisch geregelten Bereich	108

cc) „Sonstige Behinderungen“	109
dd) Unklare Abgrenzung der Fallgruppen zueinander	110
b) Die „europarechtliche Bestimmung“ im Sinne der europäischen Kollisionslehre	111
aa) Unmittelbare Anwendbarkeit	111
bb) Begriff der europarechtlichen Norm	111
(1) Mitgliedsstaatliches Richtlinienumsetzungsrecht?	112
(2) Ungeschriebenes Recht, insbesondere allgemeine Rechtsgrundsätze	114
(a) Herleitung allgemeiner Rechtsgrundsätze	114
(b) Funktion und unmittelbare Anwendbarkeit allgemeiner Rechtsgrundsätze?	115
(c) Allgemeine Rechtsgrundsätze als Strukturprinzipien der europäischen Rechtsordnung	117
(d) Zwischenergebnis	117
c) Unterscheidung von direkten und indirekten Kollisionen	118
aa) Direkte Normenkollisionen	118
(1) Regelungszielkonflikte	118
(2) Kompetenzkonflikte?	119
(3) Fälle der „Unvereinbarkeit“ mit Vorgabennormen	119
bb) Indirekte Normenkollisionen	120
(1) „Sonstige Beeinträchtigungen“ als indirekte Kollision ...	120
(2) Regelungszielkonflikte	121
(a) Gewollter Rückgriff auf nationale Vorschriften	122
(b) Semantischer Einwand: Anwendungsvorrang	123
(c) Kein Kompetenzkonflikt	123
(d) Argumente für einen Regelungszielkonflikt	124
cc) Zwischenergebnis: Folgerungen für eine Kollisionsauflösung	125
d) Ergebnis: Normenkollisionsbegriff	125
IV. Analyse zum Umgang mit Normenkollisionen im europäischen Mehrebenensystem	126
1. Die Rechtsprechung des EuGH zur Kollisionsauflösung	126
a) Vorlagefrage und Prüfungsreihenfolge	127
b) Schritt 1: Abschließende europäische Regelung oder Rückgriff auf mitgliedsstaatliches Recht?	128
aa) Prüfung einer Regelungsbereichsüberschneidung (direkte Kollision)	128
bb) Rechtsfolgen einer direkten Kollision	129
cc) Exkurs: Direkte Kollision bei Richtlinienrecht	130
c) Schritt 2: Begrenzung der Anwendbarkeit mitgliedstaatlichen Rechts	131
2. Dogmatische Deutung	133
a) Kollisionslagen als Auslegungsprobleme	133
aa) Bedeutung der Auslegung zur Feststellung von Kollisionen ..	134

bb) Primärrechtskonforme Auslegung	137
(1) Auslegung im Lichte allgemeiner Rechtsgrundsätze	137
(2) Auslegung im Lichte der Kompetenznormen	137
(a) Kompetenznormen allein ungeeignet	138
(b) Kompetenzbezogene Grundsätze der Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit als Auslegungsleitlinien	138
cc) Das Harmonisierungskonzept des Rechtsakts als Indiz	139
dd) Fazit	141
b) Die Beeinträchtigungsgrenzen bei indirekten Kollisionen	142
aa) Äquivalenz und Effektivität als Grenzen der Anwendung mitgliedsstaatlichen Rechts	142
(1) Äquivalenz: keine Schlechterstellung gegenüber nationalen Sachverhalten	142
(2) Effektivität: keine „übermäßige Beeinträchtigung“ oder „praktische Unmöglichmachung“	143
(a) Einheitlicher, abstrakter Mindestwirksamkeitsstandard	143
(b) Exkurs: Durchsetzungsgebot als Pflicht der Mitgliedsstaaten zur Normsetzung	144
(c) Effektivitätsbeurteilung als Einzelfallentscheidung	145
(3) Zwischenergebnis	147
bb) Prinzipiennormkonflikt statt Regelungszielkollision?	147
(1) Kritik an der Unterscheidung zwischen Prinzipiennormen und Rechtsregeln in der Prinzipientheorie	148
(2) Der Grundsatz einheitlicher Wirksamkeit als Prinzipiennorm?	149
(3) Art. 4 Abs. 3 EUV nicht unmittelbar anwendbar	150
(4) Zwischenergebnis	153
c) Eigener Ansatz: Verletzung von Äquivalenz und Effektivität des europäischen Rechts als universelle Beeinträchtigungsgrenzen	154
aa) Effektivitäts- und Äquivalenzgrundsatz als allgemeine Auslegungsvorgaben bei der Normzweckermittlung	154
bb) Durchsetzung des Mindestwirksamkeitsanspruchs europäischer Normen als Beeinträchtigungsgrenze aus dem Effektivitäts-/Äquivalenzgrundsatz	155
cc) Anwendbarkeit auf direkte und indirekte Kollisionen	157
dd) Fazit	159
d) Zu einer möglichen „Rechtfertigung“ von Kollisionen: Gibt es erlaubte Wirksamkeitsbeeinträchtigungen?	160
aa) Keine erlaubte Wirksamkeitsbeeinträchtigung durch nationale Vorschriften i. R. d. Mindesteffektivitätsforderung	161
bb) Vermeintlich erlaubte Wirksamkeitsbeeinträchtigungen in der Rechtsprechung des EuGH	162
cc) Dogmatische Aufarbeitung der Rechtsprechung	164

(1) Allgemeine Rechtsgrundsätze als Grundlage der Wirksamkeitsbeschränkung durch mitgliedstaatliche Regelungsziele	165
(2) Ausgestaltung europarechtlicher, allgemeiner Grundsätze durch mitgliedstaatliches Recht	166
(3) „Effektive Durchsetzung“ von Einzelnormen als Relationsbegriff	168
(4) Zwischenergebnis	171
dd) Grundlage einer Wirksamkeitsbeschränkung sekundärrechtlicher Normen: Ungeschriebene allgemeine Rechtsgrundsätze	172
(1) Allgemeine Rechtsgrundsätze und unionsrechtliche Ziele	172
(2) Die mitgliedstaatliche Verfahrensautonomie als europarechtlicher Rechtsgrundsatz?	173
(a) Begriff in der Rechtsprechung	173
(b) Dogmatische Deutung	175
(c) Zwischenergebnis	178
ee) Parameter zur Konkretisierung des Effektivitätsanspruchs mitgliedstaatlicher Normen	179
e) Ergebnis	181
<i>B. Funktionale Verknüpfung als Ausgangspunkt einer rechtsordnungsübergreifenden Rechtsanwendung</i>	<i>182</i>
I. Koordination von Verwaltungsrecht und nationalem Normbestand als erster Schritt der Rechtsanwendung	183
1. Das Auffinden des „richtigen“ mitgliedstaatlichen Rechts	183
2. Herstellung von „Verknüpfungen“ zwischen den unterschiedlichen Ebenen als eigener Schritt in der Rechtsanwendung	184
3. Verknüpfung der Ebenen durch wechselseitige Koordination von Systembegriffen	187
4. Vergleich zum Richtlinienrecht	189
5. Rechtspolitische Bedeutung der Verknüpfung durch den Rechtsanwender	190
II. Methodik der funktionalen Verknüpfung	192
1. Ansatz: Zweistufiges Vorgehen	192
a) 1. Schritt: Funktional orientierte Auslegung der Norm	193
b) 2. Schritt: Anknüpfung an das mitgliedstaatliche Rechtssystem durch Zuordnung zu funktionsäquivalenten Systembegriffen	194
c) Folge: Verknüpfung mit mitgliedstaatlichen Normen	195
2. Methodische Herleitung	196
a) Die funktional-teleologische Qualifikation im IPR als Vorbild für den Anknüpfungsvorgang	196
b) Elemente der Rechtsvergleichung in der funktional- teleologischen Qualifikation: Der funktionale Ansatz	199

c) Parallelen und Unterschiede	199
3. Systemlücken und Normmangel auf mitgliedstaatlicher Seite als Durchsetzungsdefizit	201
4. Die Auslegung des europäischen Rechts als Nadelöhr	201
5. Zwischenergebnis	202
III. Umgekehrte funktionale Verknüpfung im Rahmen der Prüfung direkter Kollisionen	203
C. Ergebnis: Erkenntnisse zur Rechtsanwendung i. R. d. Rechtsordnungsverschränkung zwischen mitgliedstaatlichem Sachrecht und europäischem Verordnungsrecht	206
 Kapitel 3: Anwendungsbeispiele aus der DSGVO	209
A. Die DSGVO als Referenzgebiet	209
I. Eignung für die Untersuchung	209
1. Elemente einer rechtsordnungsübergreifenden Systembildung anhand der DSGVO	209
2. Insbesondere: Die Entwicklung der DSGVO aus der DSRL – das äußere System als Treiber der Rechtsvereinheitlichung	210
II. Schutzzweck und Harmonisierungsansatz der DSGVO	211
1. Duale Schutzrichtung der DSGVO	212
a) Schutz personenbezogener Daten und Ausgestaltung des Grundrechts auf Datenschutz	212
aa) Art. 8 im Gefüge der GRC	213
bb) Abgrenzung von der informationellen Selbstbestimmung nach deutschem Vorbild	214
cc) Dogmatische Ansätze einer europäischen Konzeption	216
dd) Schutzgrund des europäischen Datenschutzgrundrechts weitgehend konturlos	218
ee) Zwischenergebnis: Offenheit der grundrechtlichen Schutzkonzeption	219
b) Schutz des freien Datenverkehrs	219
aa) Rechtssicherheit im Binnenmarkt durch einheitliche Regeln zum Datenschutz	219
bb) Zielkonflikt mit dem Schutz personenbezogener Daten?	220
c) Pluralität der DSGVO-Schutzzwecke?	221
d) Zwischenergebnis: Zielsetzung des sekundärrechtlichen Datenschutzes noch offen	222
2. Harmonisierungsansatz der DSGVO	223
B. Anwendungsbeispiele	224
I. Die Neubetrachtung vermeintlich bekannter Rechtsfiguren: Die Privilegierung der Auftragsverarbeitung	226

1. Eignung für die Untersuchung und Ziele	226
2. Kernfrage: Rechtfertigungsbedürftigkeit einer Datenübermittlung an den Auftragsverarbeiter?	227
a) Die Rechtslage unter dem BDSG a. F.: Ursprung der Privilegierung	228
b) Rechtslage unter der DSGVO?	228
3. Interpretationsansätze	230
a) Anknüpfung an das Begriffsverständnis des BDSG a. F. verfehlt	230
b) Keine klaren Vorgaben in DSRL und DSGVO	232
c) Auslegung	234
aa) Ziele der Verordnung?	235
bb) Art. 28 Abs. 3 als eigene Rechtsgrundlage für die Verarbeitung?	236
cc) Die KruX: Der Begriff der Verarbeitung	236
(1) „Vorgang oder Vorgangsreihe“	236
(2) Abgrenzung Einzelvorgang/Vorgangsreihe im Art. 4 Nr. 2 anhand der Verarbeitungszwecke	237
(a) Möglicher Zweck der Datenübermittlung an den Auftragsverarbeiter – Zweckidentität	238
(b) Zweckänderung?	239
(c) Zwischenergebnis	242
(3) Ergebnis: Bedeutung des Verarbeitungsbegriffs für die Diskussion	242
d) Fazit: Notwendigkeit einer intensiveren Auseinandersetzung mit den Begrifflichkeiten des europäischen Rechts	243
II. Die datenschutzrechtliche Einwilligung, Art. 4 Nr. 1, Art. 7 DSGVO im Verhältnis zum mitgliedstaatlichen Recht	244
1. Eignung für die Untersuchung und Ziele	244
2. Evolution der datenschutzrechtlichen Einwilligung: Vergleich mit den Vorgängerversion in DSRL und BDSG a. F.	245
a) Kontinuität zwischen den Vorgaben der DSRL und der DSGVO	245
b) Diskontinuität zum Einwilligungskonzept des § 4a BDSG a. F. ..	246
aa) Die datenschutzrechtliche Einwilligung der DSRL im deutschen Umsetzungsrecht, § 4a BDSG a. F.	246
bb) Zur Notwendigkeit einer Neubetrachtung der Einwilligung unter der DSGVO	248
3. Betrachtung der DSGVO-Einwilligung im rechtsordnungs- übergreifenden System	249
a) Meinungsstand zum Rückgriff auf nationale Vorschriften bei der datenschutzrechtlichen Einwilligung	249
b) Funktionale Anknüpfung der datenschutzrechtlichen Einwilligung an mitgliedstaatliche Ordnungskategorien	250
aa) Objektive Funktion der datenschutzrechtlichen Einwilligung	251

bb) Funktion aus mitgliedsstaatlicher Sicht:	
Einordnung in mitgliedsstaatliche Ordnungskategorien	251
c) Funktionale Verknüpfung mit den auf die Willenserklärung anwendbaren Vorschriften	255
d) Anwendbarkeit der funktional verknüpften Vorschriften:	
Kollisionsprüfung	255
aa) Die Einwilligungsfähigkeit im Datenschutzrecht	255
(1) Die Einwilligungsfähigkeit im mitgliedsstaatlichen Recht: Rückgriffsgeeignete Normen und Konkretisierungskonzepte	256
(2) Stand der Diskussion	257
(3) Direkte Kollision mit europäischen Vorgaben?	258
(a) Der Regelungsgehalt der DSGVO zur Einsichtsfähigkeit	258
(aa) Einsichtsfähigkeit als implizite Voraussetzung des Einwilligungsbegriffs?	258
(bb) Normative Neuerung unter der DSGVO: Spezialregelung zur Einwilligungsfähigkeit in Art. 8	259
(cc) Regelungsgehalt des Art. 8 Abs. 1	260
(dd) Regelungen zur Einsichtsfähigkeit außerhalb des Anwendungsbereichs des Art. 8 Abs. 1 DSGVO?	261
(b) Konkretisierung der Einsichtsfähigkeit durch allgemeine Rechtsgrundsätze?	263
(4) Verweis auf mitgliedsstaatliches Recht?	265
(5) Zwischenergebnis	266
bb) Zugang der Willenserklärung, § 130 BGB	267
cc) Willensmängel bei der datenschutzrechtlichen Einwilligung	269
(1) Rückgriffsfähiges nationales Recht: §§ 119 ff. BGB	269
(2) Die Rechtslage unter der DSRL und heute: Unterschiedliche Beurteilungen trotz inhaltlich gleicher Anforderungen	269
(3) Rückgriff auf die §§ 119 ff. BGB unter der DSGVO?	272
(a) § 119 Abs. 1 und 2 BGB – Anfechtung wegen Erklärungs-, Inhalts- und Eigenschaftsirrtrum	272
(aa) Erklärungsbewusstsein	273
(bb) Abschließende Regelung der Irrtümer durch die „Freiwilligkeit“?	274
(cc) Abschließende Regelung durch „in informierter Weise“?	274
(dd) Zusätzlicher Schutz durch Anfechtungsmöglichkeit?	276
(ee) Zwischenergebnis	277

(b) § 120 BGB – Anfechtung wegen falscher Übermittlung	277
(c) § 123 BGB – Anfechtung wegen Täuschung oder Drohung	278
(aa) Anfechtung wegen Drohung, § 123 Abs. 1 Alt. 2 BGB	278
(bb) Anfechtung wegen Täuschung, § 123 Abs. 1 Alt. 1, Abs. 2 BGB	278
dd) Die gewillkürte Stellvertretung §§ 164 ff. BGB	279
ee) Nichtigkeitsgründe: §§ 125, 134, 138 BGB	281
(1) Rechtslage früher und heute	281
(2) § 138 BGB: Wucher und Sittenwidrigkeit	282
(3) § 134 BGB: Gesetzliche Verbote	284
4. Ergebnis Einwilligung	285
III. Allgemeines Zivilrecht neben der datenschutzrechtlichen Einwilligung – mittelbarer Anpassungsdruck?	285
1. Wechselwirkungen mit dem nationalen Minderjährigenrecht und inkohärente Ergebnisse	286
2. Indirekte Kollision des § 123 BGB mit DSGVO-Vorschriften?	288
a) Fehleridentität der datenschutzrechtlichen Einwilligung wegen Anfechtung des zugrundeliegenden Vertrags	288
b) Indirekte Kollision mit DSGVO-Vorgaben	289
c) Kollisionsauflösung oder Rechtfertigung der Wirksamkeitsbeeinträchtigung?	290
3. Ergebnis	291
IV. Datenschutz als vertragliche Nebenpflicht – Verknüpfung der DSGVO-Vorgaben mit allgemeinem Vertragsrecht?	291
V. Deutsche Vorgaben zum nemo-tenetur-Grundsatz im Widerspruch zu DSGVO-Vorgaben?	294
1. Verwertungsverbot (§ 43 Abs. 4) und Beschränkung der Mitwirkungspflicht (§ 40 Abs. 4 S. 2) im BDSG	294
2. Kollisionsprüfung	295
a) Natur der Rechtsstaatlichkeitsklauseln: Klarstellung von Selbstverständlichem	295
b) Indirekte Kollision	298
aa) § 40 Abs. 4 S. 2 BDSG und Art. 58 Abs. 1 lit. a DSGVO	298
bb) § 43 Abs. 4 BDSG und Art. 83 Abs. 1, Abs. 2 DSGVO	299
c) Rechtfertigung der Wirksamkeitsbeschränkung durch allgemeine Rechtsgrundsätze?	300
d) Ergebnis	304
VI. Die Rechenschaftspflicht der DSGVO:	
Umgang mit einer neuartigen Rechtsfigur	305
1. Eignung für die Untersuchung und Ziele	305
2. Interpretations- und Verständnisansätze aus deutscher Sicht	306

3. Funktionale Verknüpfung	307
a) Funktionale Auslegung der Rechenschaftspflicht (Art. 5 Abs. 2, Art. 24 Abs. 1)	308
aa) Das Vorbild der DSGVO-accountability	308
bb) Inhalt der accountability-Pflicht in der DSGVO	310
(1) Datenschutz-Managementsystem	310
(2) Skalierung von Compliance-Maßnahmen je nach Risiko (Art. 24 Abs. 1)	311
(3) Sanktionsmöglichkeiten	312
cc) Reichweite der Nachweispflicht?	313
(1) Systematisches Argument: Besondere Nachweispflichten und Beweislastregelungen	313
(2) Zweck der Rechenschaftspflicht	314
(a) Abstrakter Nachweis risikoadäquater Maßnahmen statt Beweispflicht	314
(b) Rechenschaftspflicht als „Vorfeldschutz“	315
(c) Verhältnis der Rechenschaftspflicht zur Rechtmäßigkeit der Verarbeitung	317
(d) Unschuldsvermutung, Art. 48 Abs. 1 GRC	318
dd) Zwischenergebnis: Die ermittelte Funktion der Rechenschaftspflicht	318
b) Anknüpfung an das funktionale Äquivalent im deutschen Recht	319
4. Ergebnis	319
C. Ergebnis: Erkenntnisse aus der Anwendung	319
I. Methodischer Ansatz zur rechtsordnungsübergreifenden Normanwendung	319
II. Erkenntnisse für das Datenschutzrecht und Ausblick	321
Thesen	323
Literaturverzeichnis	331
Sachregister	357